

BUND als „Anwalt“ der gefährdeten Natur

Immer wieder verweisen wir als anerkannte Naturschutzvereinigung auf unsere Funktion als „Anwalt“ der gefährdeten Natur. Diese selbstgewählte Funktion hat in der letzten Zeit (leider) einen immer größer werdenden Raum in unserer Arbeit eingenommen. Das (leider) steht zum einen dafür, dass die Gefährdung der uns umgebenden und uns erhaltenden Natur nicht wie in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals dargestellt abnimmt, sondern von den meisten unbemerkt zunimmt.

Zum anderen wird auch immer deutlicher, dass die Rolle des Staates als Garant des Gemeinwohls, darunter des Natur- und Umweltschutzes immer mehr schwindet. Getrieben von Lobbyinteressen, verquickt in „mafiosen“ Strukturen erfüllt er längst nicht mehr diese seine Funktion, die Albert Einstein so treffend umschrieb: „Der Staat ist für die Menschen, nicht die Menschen für den Staat“. Auch die Parteien aller Couleure als „politisches Korrektiv“ versagen weitgehend in dieser Rolle. Sie lassen sich immer mehr davon leiten, entweder die errungene Macht zu erhalten oder eben zu erringen, um dann die ehernen Vorsätze, „Wahlversprechen“ über „Bord“ zu werfen.

Unsere Rolle als „Anwalt“ der gefährdeten Natur steigt somit immens und wird noch weiter steigen. Dabei können wir uns aber auch immer mehr nur auf die eigenen Energien verlassen. Auf Unterstützung des Staates oder Parteien zu hoffen, ist ein Trugschluß. Wir müssen unsere eigenen Kräfte mobilisieren. Wie dies geschehen kann, haben die „Wutbürger“ von Stuttgart gezeigt.

Wie können wir als BUND Landesverband Sachsen dies bewältigen?

Der demokratische Rechtsstaat ruht auf drei Säulen:

- Die Legislative als gesetzgebendes Element. Immer wieder haben wir uns hier eingebracht, bei Gesetzgebungsverfahren, bei Anhörungen, Appelle an Abgeordnete usw. usf. Nicht zuletzt die Änderungen des Landesumweltrechtes (Baumschutz, Vorkaufsrecht, Kormoranverordnung) haben gezeigt, Änderungen des Umweltrechtes führen zumeist zu einer Verschlimm-

beserung im Sinne des Schutzes der Umwelt. Hier dominieren eindeutig Parteien- und Lobbyinteressen.

Wichtige Information des BUND Landesvorstandes an die sächsischen Mitglieder

Der BUND Landesvorstand möchte mit dieser zusätzlichen Veröffentlichung noch einmal darauf hinweisen, dass die 12. Landesdelegiertenversammlung (LDV) am

9. April 2011 in Chemnitz
im Haus „Kraftwerk“ e.V.

durchgeführt wird.

Die Information aller Regional- und Interessengruppen erfolgte termingemäß im November 2010.

Weitere wichtige Termine:

bis 11.03.2011: Meldung der Delegierten durch die Regional- und Interessengruppen an die Landesgeschäftsstelle

bis 11.03.2011: Einreichung von Beschlussanträgen, einschließlich deren Begründung

bis 18.03.2011: Einladung zur LDV durch Vorstand unter Angabe der Tagesordnung und Ausreichung der Beschlussanträge



- Die Exekutive als das ausführende Element in Form der staatlichen Behörden. Die bereits verschlimmbesserten Umweltrechte werden hier wiederum durch mangelhaften Vollzug nahezu außer Kraft gesetzt. Anzeigen von Ordnungswidrigkeiten, Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerden verlieren sich im Dschungel der Bürokratie, werden ignoriert, ausgesessen, abgewiegelt. Die Arroganz der Macht staatlicher Behörden scheint grenzenlos.

- Die Judikative als das ausgleichende, rechtsprechende Element, die Gerichte in ihren unterschiedlichen Formen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
BUND Sachsen e.V.
Henriettenstrasse 5
09112 Chemnitz
verantw. Redakteurin:
Kerstin Treptow
Tel: 0371 - 30 14 77
Fax: 0371 - 30 14 78
www.bund-sachsen.de
bund.sachsen@bund.net

Fortsetzung von Seite 1

Nach dem Versagen der beiden anderen Säulen bleibt uns oftmals nur, unsere Mitwirkung in der Gesellschaft auf diese Säule zu bauen. Wir haben daher in der letzten Zeit mehrfach Klagen gegen naturzerstörende Vorhaben eingebracht:

Waldschlösschenbrücke, Ortsumfahrung Flöha und Ortsumfahrung Freiberg, jetzt aktuell Steinbrucherweiterung Wildenau. Gerichtsverfahren erfordern sehr viel Energie und auch viele finanzielle Mittel. Dabei ist der Erfolg einer Klage oftmals schwer vorhersehbar, aber letztendlich der letzte demokratische Weg unserem „Mandanten“, der Natur, zum Recht zu verhelfen.

Wollen wir also weiterhin an unsere Funktion als „Anwalt“ der gefährdeten Natur festhalten, dann werden wir zunehmend die verbliebenen Rechte der Natur vor Gericht durchsetzen müssen. Dazu müssen wir uns auf die eigenen Kräfte besinnen und dazu kann jedes BUND-Mitglied im Freistaat Sachsen einen Beitrag leisten. Wir brauchen mehr Mitglieder, denn damit steigt unsere demokratische Mitwirkungskraft (natürlich auch die finanzielle). Wir brauchen mehr finanzielle Kraft, um die nicht sehr preiswerten Klageverfahren beschreiten zu können. Und wir brauchen vor allem mehr Sachverstand und Streitkultur. Klagen vor Gericht müssen auf fachlich fundierten Argumenten und Fakten beruhen, und diese beginnen mit entsprechenden Stellungnahmen zu naturzerstörenden Vorhaben. Streitkultur bedeutet auch eine breitgeschulterte Öffentlichkeitsarbeit, Leserbriefe, Interviews bis zu Demonstrationen.

Wollen wir auch in Zukunft in diesem Staat ernst genommen werden und mitwirken gegen die Naturzerstörung, dann müssen wir alle Kräfte mobilisieren und dazu kann jeder entsprechend seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten einen Beitrag leisten.

Wolfgang Riether, Landesgeschäftsführer

Überdimensionierte Müllverbrennungsanlagen – Die Zeche zahlt der Bürger

Für den Schutz unserer Umwelt sollte an erster Stelle immer die Vermeidung von Abfall stehen, danach die Wiederverwendung bzw. die stoffliche Verwertung durch Recycling und erst zum Schluss die Beseitigung durch Müllverbrennungsanlagen, solange noch nicht alle Produkte nachhaltig produziert werden.

Doch die Fördermittelpolitik der Abfallwirtschaft hatte in den letzten Jahren die falschen Anreize geschaffen und überdimensionierte Abfallbehandlungsanlagen wurden subventioniert und schossen ungeachtet des tatsächlichen Bedarfs wie Pilze aus dem Boden. Dass aber das unternehmerische Risiko dieser Müllverbrennungslobby letztendlich auch von jedem einzelnen Bürger als Gebührenzahler getragen wird, wird heute im Landkreis Bautzen am Beispiel der Müllverbrennungsanlage in Lauta recht deutlich.



Schuld daran sind u.a. langfristig geschlossene Verträge zwischen dem Betreiberkonsortium der T. A. Lauta (aus VEAG und Steag) und dem Regionalen Abfallverband Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON), worin eine Mindestliefermenge von 110.000 Jahrestonnen Abfälle aus Haushalten über eine Laufzeit von 25 Jahren hinweg vertraglich festgeschrieben wurde. Auf der Grundlage dieser vereinbarten Mindestmenge erfolgen nun Zahlungen, egal ob diese geliefert wird oder nicht.

Nun sieht es im Entsorgungsgebiet des RAVON so aus, dass diese vertraglich vereinbarte Menge schon seit längerem unterschritten wird. Da für diesen Ausfall der Gebührenzahler kräftig zur Kasse gebeten wird, finanziert er dadurch indirekt die Energieriesen (Vattenfall Europe AG und Evonik STEAG GmbH) als Eigentümer und Betreiber der Müllverbrennungsanlage Lauta. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden so die Müllgebühren weiterhin dramatisch

ansteigen, wenn immer weniger Bürger weniger Müll produzieren. Bei der vorgenannten Konstellation bestehen objektiv keine Anreize zur Müllvermeidung sondern zur Erbringung von „Müllmindestmengen“.

Andererseits werden dem Bürger durch die neue Abfallgebührensatzung des Landkreises Bautzen ab 2011 objektive Anreize zu einer „wilden“ Müllentsorgung geboten, wenn eine Ersparnis von Müllgebühren durch weniger Entleerungen möglich gemacht wird. Was den Müll in der tatsächlichen Kalkulation so teuer macht und warum bereits im Jahr 2011 die Gebühren einzelner Haushalte unverhältnismäßig, und zwar bis zu 100% ansteigen – diesen Fragen geht die Regionalgruppe Westlausitz - Gesunde Zukunft, BUND Sachsen e.V. auf den Grund.

Aktuelles zu diesem Thema finden Sie in Bernds Blog unter www.gesunde-westlausitz.de.

Wenn auch Sie in Ihrer Region ähnliche Erfahrungen sammeln mussten, treten Sie mit uns in Kontakt!

Gemeinsam können wir uns besser organisieren und strategisch gegen eine solche Willkür vorgehen, juristische Mittel abwägen und gemeinsame Aktionen und Demonstrationen planen.

*Kontaktieren Sie uns unter dem Kennwort „Bautzen11“: info@gesunde-westlausitz.de
Volker Kurz, RG Gesunde Zukunft Westlausitz*

Naturschutz-Eule in Gold für Roland Einsiedel

Mit der Verleihung der Naturschutz-Eule in Gold ehrte der BUND Landesvorsitzende Hans-Udo Weiland den Mitbegründer der Sächsischen Interessengemeinschaft für ökologischen Landbau (SIGÖL), Roland Einsiedel, für seine Verdienste im 20-jährigen ehrenamtlichen Einsatz für eine nachhaltige Landnutzung zur Erzeugung gesunder Nahrungsmittel. Besondere Anerkennung verdient die Leistung von Roland Einsiedel vor dem Hintergrund, dass die Staatsregierung Sachsens entgegen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen und auf ökologisch verantwortungslose Weise immer noch die Massentierhaltung sowie den Einsatz gentechnisch manipulierter Pflanzen politisch unterstützt und finanziell fördert. Der ökologische Landbau muss sich mit Almosen zufrieden geben. Die Wurzeln der Sächsischen Interessengemeinschaft für Ökologischen Land-

bau liegen in der Zeit der politischen Wende. Zunächst galt es, ein Netzwerk zur Aus- und Weiterbildung interessierter landwirtschaftlicher Betriebe aufzubauen.



Udo Weiland überreicht Roland Einsiedel die Naturschutz-Eule in Gold

Deshalb wurde die SIGÖL als eingetragener gemeinnütziger Verein gegründet. In nunmehr 41 Fortbildungskursen wurden über 4.500 Teilnehmer erfolgreich mit den Vorteilen einer nachhaltigen Landnutzung vertraut gemacht und für vielfältige Fragen mit praktikablen Problemlösungen versorgt. Unterstützt wurde Roland Einsiedel bei seiner Arbeit von 440 namhaften Experten aus dem In- und Ausland, die mit ihrem Spezialwissen wesentlich zum Erfolg der Veranstaltungen beitrugen. In 20 Tagungsbroschüren mit dem Titel „Boden-Pflanze-Tier-Vermarktung“ sind die heute noch gültigen Ergebnisse zusammengefasst. So konnten die Zahl der ökologisch arbeitenden Betriebe in Sachsen und damit auch die nachhaltig genutzte Fläche stetig wachsen. Daneben stellen die Führung einer umfangreichen Bibliothek zu allen Fragen des ökologischen Landbaus, die Informations- und Projektarbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie das Verfassen von Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Projekten nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz weitere Arbeitsschwerpunkte dar. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit dem BUND Sachsen, dessen stellvertretender Landesvorsitzender und fachlich Verantwortlicher für landwirtschaftliche Fragestellungen Roland Einsiedel seit einigen Jahren ist. Fachkompetenz, Erfahrung und persönliche Integrität haben Roland Einsiedel zu einem anerkannten und begehrten Gesprächspartner von verantwortlich handelnden Landwirten und Politikern gemacht. Der sächsische Landwirtschafts- und Umweltminister Kupfer zählt noch nicht zu diesem Kreis.

*Hans-Udo Weiland, Landesvorsitzender
weiland@bund-sachsen.de*